



Mechthild Rawert.

**Ihre SPD-Bundestagsabgeordnete.
Für Tempelhof-Schöneberg.**



■ www.mechthild-rawert.de

kompetent. lebensnah. vor Ort.

Liebe Tempelhof-SchönebergerInnen,

Deutschland ist ein offenes Land. Als Sozialdemokratin setze ich mich für ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt ein. Dafür stehe ich jetzt - dafür stehe ich auch nach der Bundestagswahl 2013. Ich will Integrationspolitik neu denken: Der Begriff der Integration ist zu überwinden und durch den gesellschaftspolitischen Anspruch auf Teilhabe und Partizipation zu ersetzen. Ich will Integrationspolitik neu gestalten: Dieser „Politik auf Augenhöhe“ haben sich alle Bundesressorts zu verpflichten. Die auf Länderebene angesiedelten Ausländerbehörden sollen Willkommensbehörden, Anlauf- und Leitstellen für Integration und Einbürgerung werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen:

■ Willkommenskultur

Nur mit einer Willkommens- und Anerkennungskultur sowie einer Teilhabestruktur werden wir Freiheit, Chancengleichheit, Bildung und Arbeit für alle umsetzen. Denn wir wissen: Erfolgreiches Miteinander hängt vor allem von sozialen Faktoren ab. Unterschiede in der Herkunft, Religion oder Kultur dürfen nicht verdrängt, aber auch nicht grundsätzlich zum Problem erklärt werden. Wir setzen uns für alle Menschen in unserem Land ein. Diskriminierungen und Vorurteilen treten wir entschieden entgegen. Und: Eine offene Gesellschaft bietet im Rahmen der Grundrechte allen Religionen den Freiraum zur Entfaltung ihres Glaubens.

■ Vielfalt als Zukunftsressource

Wir verstehen Vielfalt als eine Zukunftsressource unserer offenen Gesellschaft. Grundlagen hierfür sind rechtliche Gleichstellung und Chancengleichheit. Unser Ziel ist es, dass die kulturelle, weltanschauliche und religiöse Vielfalt innerhalb unserer rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Grundordnung in Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Kunst und Kultur, in allen gesellschaftlichen Bereichen selbstverständlich mitgedacht wird.

■ Stärkung des Programms „Soziale Stadt“

„Vor Ort“ entscheidet sich das Gelingen von Integration und Zusammenleben. Kommunen dürfen deshalb mit den Herausforderungen von Einwanderung und Integration nicht alleine gelassen werden sondern bedürfen für besondere Aufnahme- und Integrationsleistungen gezielter Unterstützung. Die massiven Kürzungen beim Programm „**Soziale Stadt**“ durch Schwarz-Gelb haben verheerende Folgen für die Integration vor Ort: Komplette gestrichen wurden die sozial-integrativer Maßnahmen wie etwa zum Spracherwerb oder zur Betreuung von Jugendlichen. Wir wollen unter Einbeziehung der Migrant*innenorganisationen die lokalen Bündnisse für Teilhabe und sozialen Zusammenhalt auf kommunaler Ebene wieder stärken.

■ Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts

Wir wollen allen, die nach Deutschland eingewandert sind, mehr Teilhabe ermöglichen. Unser Einwanderungsland Deutschland lebt von seiner Vielfalt, dem Engagement und den Ideen der Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft. Wir müssen JETZT den nächsten Schritt tun und ein Einbürgerungsland werden. Dazu gehört eine **Modernisierung des Staatsangehörigkeits- und Wahlrechts**. Deshalb wollen wir die **doppelte Staatsbürgerschaft** von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Was wir brauchen ist ein Staatsbürgerschaftsrecht, das unserer vielfältiger werdenden Gesellschaft entspricht, faire Chancen auf Teilhabe und Zugehörigkeit für alle eröffnet und das Selbstbild Deutschlands als ein weltoffenes Land unterstreicht.

■ Mechthild Rawert. **SPD.**

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

■ **Abschaffung der Optionspflicht**

Insbesondere wollen wir, dass Deutschlands Kinder auch deutsche StaatsbürgerInnen sind und bleiben. Mädchen und Jungen, die hier geboren werden, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und behalten. Die Optionspflicht, die junge Menschen mit der Volljährigkeit zwingt, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, werden wir abschaffen und insgesamt die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Die Optionspflicht ist ein integrationspolitischer Missgriff und ein bürokratisches Monstrum, das den Kommunen enorme Verwaltungskosten aufbürdet.

Ausländischen Studierenden, die in Deutschland einen Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation (z.B. Meisterprüfung) erwerben, wollen wir ermöglichen, ohne Einschränkungen in Deutschland zu arbeiten.

■ **Kommunales Wahlrecht**

Der Zusammenhalt in den Städten ist gefährdet, wenn Menschen, die aus Nicht-EU-Staaten stammen, wie bislang vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Wir werden uns darum bemühen, eine verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag zu erreichen, damit jede Frau und jeder Mann das **kommunale Wahlrecht** nach einem fünfjährigen legalen Aufenthalt in Anspruch nehmen kann. Wir werden die Integrationsförderung auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüfen und die Qualität der Integrationskurse einschließlich der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte weiter verbessern. Den Familiennachzug werden wir erleichtern.

■ **Interkulturelle Öffnung des Öffentlichen Dienstes**

Der Öffentliche Dienst gewinnt seine demokratische Legitimation daraus, dass er innerhalb seiner Strukturen die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt. Deshalb wollen wir den Öffentlichen Dienst weiter für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen, ihren Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl signifikant erhöhen und die **interkulturelle Kompetenz** der Beschäftigten stärken.

■ **Für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik**

Wir stehen für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik. Fluchtursachen – Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg, Diskriminierung und Armut in den Herkunftsländern - müssen bekämpft werden, um den Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven zu eröffnen. Menschen, die dennoch fliehen müssen, **wollen wir in Deutschland und der Europäischen Union Schutz gewähren.**

Damit alle Kinder im deutschen Flüchtlingsrecht endlich auch alle wie Kinder behandelt werden, werden wir zügig die **UN-Kinderrechtskonvention** umsetzen. Wir wollen die sogenannte **Residenzpflicht** für AsylbewerberInnen und Geduldete aufheben und zwecks gerechter Kostenverteilung zwischen den Ländern wie auch den Kommunen auf eine Wohnsitzauflage beschränken.

Im Rahmen verfügbarer Kursplätze wollen wir AsylbewerberInnen und Geduldete künftig auch die **Teilnahme an Integrationskursen** ermöglichen. Die **Leistungen für AsylbewerberInnen** werden wir nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts reformieren und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Um lange in Deutschland lebenden geduldeten Menschen eine Perspektive zu geben, wollen wir eine weitergehende **Bleiberechtsregelung** schaffen. Wir werden eine menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik in der EU voranbringen, einschließlich eines solidarischen Ausgleichs. Gemeinsam mit dem UNHCR werden wir ein bundesweites Programm für **Resettlement** für Kontingentflüchtlinge ausbauen und verstetigen.

■ **Schauen Sie auf meine Website www.mechthild-rawert.de**

■ **Abonnieren Sie meinen Newsletter**

■ **Treffen Sie mich auf Facebook: www.facebook.com/mechthild.rawert**